

# Inhalt

<b>Problemstellung und Gang der Untersuchung</b> .....	13
<b>Erster Teil: Grundlagen und Zweck</b> .....	15
A. Aktuelle Rechtslage .....	15
I. Überblick über die Regelungen .....	15
II. Voraussetzungen einer verbindlichen Auskunft .....	16
1. Antrag .....	16
a. Antragsteller .....	17
b. Form .....	18
c. Inhalt des Antrags .....	18
2. Besonderes steuerliches Interesse .....	20
3. Zuständigkeit .....	20
4. Bearbeitungsfrist .....	23
III. Gebührenpflicht .....	24
1. Regelungsinhalt .....	24
2. Kritik an der Auskunftsg Gebühr .....	26
IV. Inhalt der Auskunft .....	27
V. Entscheidung über den Antrag .....	28
VI. Bindungswirkung .....	30
VII. Rechtsnatur der verbindlichen Auskunft und persönliche Bindungswirkung .....	31
1. Die verbindliche Auskunft als Verwaltungsakt .....	31
2. Die verbindliche Auskunft als Zusage? .....	33
3. Stellungnahme .....	34
B. Entwicklung der verbindlichen Auskunft durch die Rechtsprechung und Verwaltung .....	35
I. Die Entwicklung der verbindlichen Auskunft durch die Rechtsprechung .....	36
1. Das BFH-Urteil vom 4. August 1961 .....	36
2. Das BFH-Urteil vom 19. März 1981 .....	37

3.	Das BFH-Urteil vom 16. März 1983 .....	38
4.	Stellungnahme .....	38
II.	Das BMF-Schreiben betr. Auskunft mit Bindungswirkung nach Treu und Glauben .....	38
III.	Zwischenergebnis .....	41
C.	Die verbindliche Auskunft im Kontext sonstiger (steuerrechtlicher) Auskunftsverfahren .....	41
I.	Lohnsteueranrufungsauskunft nach § 42e EStG .....	42
II.	Die Zusage im Anschluss an eine Außenprüfung nach § 204 AO .....	43
III.	Tatsächliche Verständigung .....	44
IV.	Vorabverständigungsverfahren .....	45
V.	Stellungnahme .....	46
D.	Notwendigkeit und Zweck der verbindlichen Auskunft .....	47
I.	Das Bedürfnis nach Rechtssicherheit .....	49
II.	Vorhersehbarkeit staatlichen Handelns und Vertrauensschutz als Elemente der Rechtssicherheit .....	51
III.	Mehr Rechtssicherheit durch Kooperation mit der Finanzverwaltung? .....	54
IV.	Schlussfolgerung für das Institut der verbindlichen Auskunft .....	57

## **Zweiter Teil: Gefahren für den Zweck der verbindlichen Auskunft** .....

A.	Die gerichtliche Überprüfbarkeit verbindlicher Auskünfte .....	59
I.	Eingeschränkter Rechtsschutz nach Auffassung der Finanzverwaltung und Rechtsprechung .....	59
1.	Die Auffassung der Verwaltung .....	59
2.	Rechtsprechung zur verbindlichen Auskunft .....	60
a.	Das BFH-Urteil vom 29. Februar 2012 .....	60
b.	Das BFH-Urteil vom 5. Februar 2014 .....	61
c.	Das BFH-Urteil vom 14. Juli 2015 .....	63
3.	Rechtsprechung zu sonstigen Auskünften .....	65
II.	Kritische Auseinandersetzung mit der Rechtsprechung zur gerichtlichen Überprüfbarkeit .....	66

III.	Verstoß gegen Art. 19 Abs. 4 GG? .....	71
IV.	Zwischenergebnis: Eingeschränkte gerichtliche Kontrolle im Widerspruch zum Zweck der verbindlichen Auskunft .....	75
B.	Die verbindliche Auskunft im Kontext des europäischen Beihilferechts .....	77
I.	Grundlagen des EU-Beihilferechts .....	77
1.	Grundzüge des Beihilfeverfahrens .....	81
a.	Begrifflichkeiten .....	81
b.	Überblick über die Verfahrensvorschriften .....	82
c.	Das Verfahren bei angemeldeten Beihilfen .....	83
d.	Das Verfahren bei rechtswidrigen Beihilfen .....	84
2.	Voraussetzungen für das Vorliegen einer Beihilfe .....	85
a.	Begünstigung .....	85
b.	Einsatz von staatlichen Mitteln und Zurechnung der Maßnahme an den Staat .....	88
c.	Verfälschung des Wettbewerbs und Beeinträchtigung des innergemeinschaftlichen Handels .....	89
d.	Bestimmte Unternehmen (Selektivität) .....	90
(1)	Begriff des Unternehmens .....	93
(2)	Ermittlung des Bezugssystems der steuerbegünstigenden Maßnahme (Regelbesteuerung) .....	94
(3)	Feststellung einer Abweichung der Maßnahme von diesem Bezugssystem .....	96
(4)	Rechtfertigungsgründe durch die Natur oder den inneren Aufbau des Bezugssystems .....	97
(5)	Sonderproblem: De-Facto-Selektivität .....	101
3.	Folgen der Qualifizierung als Beihilfe .....	104
4.	Besonderheiten für Steuervorbescheide .....	106
5.	Zwischenergebnis: Mangelnde Vorhersehbarkeit im Beihilferecht .....	110
II.	Die verbindliche Auskunft als Beihilfe? .....	112
1.	Erste Konstellation: Die verbindliche Auskunft als Umsetzung einer beihilferechtlich unzulässigen Norm .....	113

2. Zweite Konstellation: Die verbindliche Auskunft als unzulässige Einzelbeihilfe .....	115
a. Die Auffassung der Kommission in aktuellen Verfahren zu Tax-Rulings .....	115
(1) Beschluss der Kommission über die staatliche Beihilfe Luxemburgs zugunsten von Fiat .....	117
(2) Beschluss der Kommission über die staatliche Beihilfe der Niederlande zugunsten von Starbucks .....	122
(3) Beschluss der Kommission über die staatliche Beihilfe Irlands zugunsten von Apple .....	124
(4) Beschluss der Kommission über die staatlichen Beihilfen von Luxemburg zugunsten Amazon .....	128
(5) Förmliches Prüfverfahren zur steuerlichen Behandlung von McDonald's in Luxemburg .....	130
(6) Zwischenfazit zur Praxis der Kommission im Hinblick auf Tax Rulings .....	130
b. Vergleichbarkeit mit der verbindlichen Auskunft nach § 89 Abs. 2 AO .....	133
c. Beihilferechtliche Problemfelder der verbindlichen Auskunft .....	135
(1) Selektivität aufgrund eines weiten Ermessensspielraums .....	136
(2) Unterschiedliche Auskunftspraxis der Finanzverwaltungen als Indiz für Selektivität? .....	139
(3) Selektivität rechtswidriger verbindlicher Auskünfte .....	140
3. Zwischenergebnis: Kein Vertrauen auf verbindliche Auskünfte im Falle beihilferechtlicher Unzulässigkeiten .....	145
C. Automatischer Informationsaustausch .....	148
D. Mehr Rechtssicherheit durch eine Veröffentlichung der verbindlichen Auskünfte? .....	151
<b>Dritter Teil: Zusammenfassung der Ergebnisse .....</b>	<b>155</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>159</b>